

Städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz		Sitzungsprotokoll S-16	
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft		2015 - 2019	
Sitzungstag: 07.12.2016	Sitzungsbeginn: 16:10 Uhr	Sitzungsende: 16:44 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Buhlert			

Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) eröffnet die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 30.10.2016 und 17.11.2016
TOP 3	Zahngesundheit von Erstklässlern in Bremen Schuljahr 2013/2014
TOP 4	5. Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH mit Schwerpunkt Medizinstrategie (Debatte hierzu in der Januardeputation)
TOP 5	Fortsetzung von Maßnahmen der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget des Senats
TOP 6	Verschiedenes

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
<u>Beschluss:</u> Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der Tagesordnung zu.	

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 17.11.2016
<u>Beschluss:</u> Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll zu.	

TOP 3	Zahngesundheit von Erstklässlern in Bremen Schuljahr 2013/2014 (Vorlage S-33-19)
<p>Herr Becker erläutert die Vorlage.</p> <p>Frau Dehne (SPD) bedankt sich für den Bericht und ganz allgemein für die sehr gute Gesundheitsberichterstattung des Ressorts. Grundsätzlich gebe es Fortschritte bei der Zahngesundheit, allerdings sei es noch ein weiter Weg bis die WHO-Ziele erreicht seien. Auch sei gut, dass der Bericht auf den Zusammenhang zwischen sozialem Status und Zahngesundheit aufmerksam mache und ein Modellprojekt geplant werde.</p> <p>Herr Dr. Götz (SWGv) ergänzt, dass mit der senatorischen Behörde für Kinder und Bildung bzgl. möglicher KITAS und Schulen für das Modellprojekt bereits Kontakt aufgenommen wurde.</p>	

Frau Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich ebenfalls für den außerordentlich guten Bericht. Man müsse die dramatische Lage in diesem Bereich aufzeigen, auch um besser präventiv in einzelnen Stadtteilen arbeiten zu können. Frau Dr. Müller fragt nach, ob es Überlegungen gibt, die Teilnahme bei den schulischen Zahnuntersuchungen verpflichtender zu gestalten.

Herr Dr. Götz (SWGTV) teilt mit, dass man an diesem Thema derzeit mit den Kolleginnen und Kollegen der senatorischen Behörde für Kinder und Bildung arbeite – es sei auch klar, dass kein Kind zu solchen Untersuchungen gezwungen werde. Allerdings solle die Verbindlichkeit der Teilnahme an der Untersuchung erhöht werden. Mittelfristig sollte dies gelingen.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) dankt ebenfalls für den Bericht. Neben der Kariesproblematik und der sozialen Lage gebe es ja auch das Problem der Mindermineralisation. In diesem Bereich, sei die Ursache schwierig zu bestimmen. Gleichzeitig würde das Problem immer gravierender.

Herr Becker (Gesundheitsamt) führt aus, dass die Ursache in der Tat nicht bekannt sei, wahrscheinlich entstehe das Problem bereits während der Schwangerschaft. Die Ausmaße will man in der Folgeuntersuchung näher beleuchten.

Herr Dr. Schober (Die Linke) lobt ebenfalls den Bericht, er zeige aber auch die tiefe soziale Spaltung der Stadt. Die erwähnten Maßnahmen müssten überprüft und in einem Folgebericht berichtet werden.

Herr Bensch (CDU) lobt ebenfalls den Bericht: vor allem dass auch Maßnahmen mit Blick auf die Rolle der Eltern enthalten seien. In jedem Fall müsse die Deputation bzgl. des Themas „Gesunde Quartiere“, aber auch im Rahmen der Diskussion zum Präventionsgesetz das Thema wieder aufrufen.

Herr Dr. Götz (SWGTV) erwähnt, dass schon jetzt mit verschiedenen Krankenkassen besprochen worden sei, im Rahmen des Präventionsgesetzes zahngesundheitliche Projekte in bestimmten Stadtteilen gezielt zu fördern.

Frau Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass der Bericht noch einmal zeige, dass Armut krank mache und gleichzeitig Krankheit auch zu Armut führe. Das Ziel sei, dass Kinder weniger Karies bekommen und das müsse auch überprüft werden. Daran schließt Frau Kappert-Gonther die Frage an, ob es stimme, dass aufgrund von Personalknappheit beim Gesundheitsamt nicht alle Schulklassen überprüft werden.

Herr Dr. Götz (SWGTV) sagt, man plane derzeit durch neue strukturelle Maßnahmen die Untersuchungsleistungen noch weiter verbessern.

Frau Dr. Lelgemann (SWGTV) ergänzt, Ziel sei es durch Umsteuerungen eine effizientere Aufgabenverteilung zu erreichen. Beispielsweise könne durch die Bündelung von Untersuchungen in Stadtteilen in denen die Probleme besonders gebündelt auftreten, bessere Ergebnisse erzielt werden.

Herr Dr. Schober (Die Linke) moniert, dass alle diese Maßnahmen auch schon früher hätten eingeleitet werden können. Der letzte Bericht liege schon lange zurück. Deshalb sei es wichtig, dass bald ein Folgebericht erstellt wird.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt kündigt einen Folgebericht zur Überprüfung der eingeleiteten Maßnahmen an. Es sei von entscheidender Wichtigkeit jetzt die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen und genau hinzuschauen, wo, welche Probleme vor Ort wie angegangen werden können – gerade durch das Präventionsgesetz würden sich hier neue Möglichkeiten ergeben. Die Senatorin betont, dass aber nicht alle Ergebnisse der Untersuchungen schlecht seien. So seien mittlerweile immerhin 50% der Kinder kariesfrei. Das seien noch nicht die von der WHO avisierten 80% der Kinder – aber immerhin jedes zweite Kind habe kein Karies.

Herr Dr. Schober (Die Linke) bittet darum, dass zukünftige Berichte als Farbkopien verschickt werden.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt sagt zu, dies prüfen zu lassen.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 4 | 5. Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH mit Schwerpunkt Medizinstrategie
(Debatte hierzu in der Januardeputation)
(Vorlage S-34-19)**

Herr Dr. Dr. Buhler (FDP) dankt für die Tischvorlage und kündigt eine Diskussion der Vorlage in der Januarsitzung an.

Herr Dr. Schober (Die Linke) bittet darum, dass die Geschäftsführung der Gesundheit Nord sich im Rahmen dieser Diskussion zu den in den Zeitungen berichteten Vorwürfen bzgl. der Situation am Klinikum Bremen-Nord verhält.

Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den anliegenden fünften Bericht über die Sanierung mit Schwerpunkt Medizinstrategie der Gesundheit Nord gGmbH vom 24. November 2016 zur Kenntnis.

**TOP 5 | Fortsetzung von Maßnahmen der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget des Senats
(Vorlage L-65-19 / S-35-19)**

Staatsrat Kück erläutert die Vorlage.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der Weiterführung der vom Senat am 29.11.2016 beschlossenen Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget bis zum 31.12.2017 zu und bittet die Verwaltung, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.
2. Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der Weiterführung der vom Senat am 29.11.2016 beschlossenen Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget bis zum 31.12.2017 zu und bittet die Verwaltung, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Herr Dr. Dr. Buhler schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.